



CO₂-Bepreisung in den nicht in den Emissionshandel integrierten Sektoren: Optionen für eine sozial ausgewogene Ausgestaltung

Manuel Frondel

RWI consult GmbH

RWI Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Ruhr-Universität Bochum (RUB)

A decorative graphic at the bottom of the slide. It consists of a blue triangle on the left side, pointing upwards, and a grey trapezoid on the right side, pointing downwards. The two shapes meet at a horizontal line, creating a continuous shape that spans across the bottom of the slide.

CO2-Bepreisung als Aufschlag auf die Steuern von Diesel, Benzin, Heizöl und Erdgas

Tabelle: Aufschläge auf die Energiesteuern von Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas bei unterschiedlichen CO2-Preisen

	Emissionsfaktoren	25 €/Tonne CO2	45€/Tonne CO2	65€/Tonne CO2
Benzin	2,37 kg CO2/Liter	5,9 Cents/Liter	10,7 Cents/Liter	15,4 Cents/Liter
Diesel	2,65 kg CO2/Liter	6,6 Cents/Liter	11,9 Cents/Liter	17,2 Cents/Liter
Heizöl	2,65 kg CO2/Liter	6,6 Cents/Liter	11,9 Cents/Liter	17,2 Cents/Liter
Erdgas	0,20 kg CO2/kWh	0,5 Cents/kWh	0,9 Cents/kWh	1,3 Cents/kWh

Quelle: UBA 2019, eigene Berechnungen.

- Heizöl ist CO2-intensiver als Erdgas und wird daher stärker besteuert. Dies setzt Anreize für einen Brennstoffwechsel.
- Die Aufschläge auf Benzin und Diesel liegen selbst bei einem CO2-Preis von 65 Euro innerhalb der durchschnittlichen täglichen Schwankungsbreite.

Steuereinnahmen aus einer CO₂-Bepreisung im Wärme- und Verkehrsbereich sollten gänzlich rückverteilt werden, um zu signalisieren, dass es ausschließlich um Emissionsreduktion geht!

Tabelle: Langfristig erzielbare zusätzliche Steuereinnahmen bei unterschiedlichen CO₂-Preisen

CO ₂ -Preis:	25 €/Tonne CO ₂	45€/Tonne CO ₂	65€/Tonne CO ₂
Verkehr	4,356 Mrd. Euro	7,720 Mrd. Euro	10,978 Mrd. Euro
Haushalte (Wärme)	2,166 Mrd. Euro	3,798 Mrd. Euro	5,340 Mrd. Euro
GHD (Wärme)	1,174 Mrd. Euro	2,059 Mrd. Euro	2,897 Mrd. Euro
Steuerzusatz-einnahmen	7,696 Mrd. Euro	13,577 Mrd. Euro	19,215 Mrd. Euro

Quelle: Eigene Berechnungen.

- Mit den Steuereinnahmen von 7,7 Mrd. Euro bei einem CO₂-Preis von 25 Euro könnte die Senkung der Stromsteuer auf die Mindestsätze gegenfinanziert werden.
- Gründe für Stromsteuersenkung: Schwindende ökologische Lenkungsfunction der Stromsteuer, Redundanz aufgrund der Existenz des Emissionshandels.

Alternativen zur Rückverteilung der Steuereinnahmen

- Nachteil der Stromsteuersenkung aus verteilungspolitischer Perspektive: Wohlhabendere Haushalte werden in absoluten Werten stärker entlastet als einkommensschwache Haushalte.
- Diesen Nachteil haben Pro-Kopfpauschalen nicht: Jede Person, gleich ob Kind oder Erwachsener, erhält den gleichen Betrag. Davon würden kinderreiche Familien besonders profitieren.
- Allerdings: Die Pro-Kopfpauschalen wären relativ niedrig und lägen bei einem CO₂-Preis von 25 Euro bei rund 54 Euro pro Kopf.
- Der typische einkommensschwache Rentner mit Auto würde netto noch immer belastet.
- In jedem Fall würden Haushalte mit alternativen Heizungs- und Antriebstechnologien profitieren. Das sind eher wohlhabende Haushalte.

Alternativen zur Rückverteilung der Steuereinnahmen

- Am treffsichersten im Hinblick auf die besondere Kompensation bedürftiger Haushalte wären Zuschüsse in Form von Wohngeld.
- Würde von den Zusatzeinnahmen aus einer CO₂-Bepreisung das Wohngeld um 50 Euro pro Monat erhöht, würde das bei rund 600 Tausend Wohngeldempfängern Mehrkosten von 0,36 Mrd. Euro verursachen.
- Würden aus den Zusatzeinnahmen auch die erhöhten Unterkunftskosten der 7,6 Mio. Bezieher von Mindestsicherungsleistungen bezahlt, wären weitere 0,38 Mrd. Euro nötig, wenn man von einer Kostenerhöhung von 50 Euro pro Jahr ausgeht.
- Es blieben daher noch sehr viele Mittel übrig. Diese sollten für eine Stromsteuersenkung eingesetzt werden, da diese gegenüber einer Pro-Kopf-Rückerstattung Vorteile hat, etwa in Bezug auf Transaktionskosten und Sektorkopplung.